

MELANIE MÜLLER

WEG ZUR NEUEN PARTEI IST NOCH WEIT

IN SÜDAFRIKA STREBT DIE METALLARBEITERGEWERKSCHAFT NUMSA
EIN BÜNDNIS MIT PROTESTBEWEGUNGEN GEGEN DIE REGIERUNG AN

Mitte der 1990er Jahre formierte sich in Südafrika Widerstand gegen die wirtschaftsliberalen Reformen der vom African National Congress, der South African Communist Party und dem Congress of South African Trade Unions (COSATU) getragenen Regierung. Damals entstanden neue soziale Bewegungen. Sie kämpfen seitdem für bessere Lebensbedingungen der armen und marginalisierten Bevölkerungsschichten, allerdings meist in deutlicher Abgrenzung oder sogar in Konfrontation zu den etablierten Gewerkschaften, die unter anderem im Dachverband COSATU zusammengeschlossen sind. Diese Situation führte zur Schwächung der kritischen und linken Stimmen in Südafrika. Doch nun gibt es Chancen auf eine Annäherung. Im Dezember 2013 ist die größte Mitgliedsgewerkschaft von COSATU, die National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA), auf Distanz zur regierenden Dreier-Allianz gegangen und hat den African National Congress (ANC) auch bei den Wahlen im Mai 2014 nicht mehr unterstützt.

In den letzten Monaten hat die NUMSA wiederholt und zum Teil in Allianz mit anderen Gewerkschaften zu Protesten und Streiks aufgerufen und verstärkt die Nähe zu sozialen Bewegungen gesucht. Hoffnung auf eine dauerhafte Zusammenarbeit besteht auf beiden Seiten. Das langfristige Ziel ist die Bildung einer sozialistischen Bewegung und «United Front», die eine Alternative zur wirtschaftsliberalen Programmatik des ANC formulieren sollen. Die «United Front» soll eine Plattform bieten und die politischen Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen koordinieren. Zudem will NUMSA gemeinsam mit den sozialen Bewegungen die Chancen auf die Gründung einer neuen Partei erörtern. Diese könnte dann im Jahr 2019 eine linke Wahlalternative zum ANC darstellen.¹

Unter sozialen Bewegungen wird in der Bewegungsforschung ein «auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verändern oder rückgängig machen wollen»,² verstanden. Die Herausbildung bestimmter Organisationsformen wie Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften oder gar Parteien steht keinesfalls im Widerspruch dazu, Teil einer Bewegung zu sein. Vielmehr können diese auch als Zentren von Bewegungen fungieren, Protest und Widerstand unterstützen oder gar organisieren, was in Südafrika auch häufig geschieht. Darüber hinaus spielen unabhängige AktivistInnen, aber auch Basisgruppen

aus Townships und ländlichen Gebieten eine wichtige Rolle in Südafrika. Zu den Protestbewegungen, die seit Mitte der 1990er Jahre in Südafrika große Aufmerksamkeit erfahren haben, gehören das Anti-Privatization-Forum (gegründet im Jahr 2002; allerdings nicht mehr aktiv in der ursprünglichen Form), das SOWETO Electricity Crisis Committee, das sich für die kostenlose Stromversorgung in den Townships von Johannesburg einsetzt, oder Abahlali baseMjondolo, ein breites Netzwerk von *shack dwellers* (BewohnerInnen von *shacks*, also Blechhütten oder Bretterbuden in meist informellen städtischen Siedlungen), die für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen sowie weitere soziale Rechte für die Armen und ihre stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kämpfen.³ Darüber hinaus gibt es Basisbewegungen, die insbesondere für die Belange der Arbeitslosen oder der Landlosen eintreten. Diese Gruppen, die zum Teil aus der Anti-Apartheid-Bewegung entstanden sind, koordinieren in Südafrika die sozialen Kämpfe in verschiedenen Politikbereichen, organisieren Demonstrationen auf nationaler und lokaler Ebene und versuchen, die verschiedenen Forderungen zu bündeln. Abzugrenzen von diesen Bewegungen sind Aufstände (*riots*), die sich insbesondere in den armen Wohnvierteln gegen die schlechten Zustände vor Ort richten, die allerdings weniger koordiniert stattfinden.⁴

Hintergrund vieler dieser Proteste und Widerstandsbewegungen ist der Kampf um die Ausrichtung der südafrikanischen Wirtschaftspolitik. Sie sind Ausdruck großer Unzu-

friedenheit innerhalb der südafrikanischen Bevölkerung und massiver Enttäuschungen mit der Regierungspolitik. Während die Gewerkschaften zu Beginn von den neu entstandenen sozialen Bewegungen noch als potenzielle politische Partner gesehen wurden, verschlechterte sich das Verhältnis zwischen beiden zusehends.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre zeichnete sich ab, dass Teile des ANC, darunter auch Nelson Mandela, einen wirtschaftsliberalen Kurs einschlagen würden. Südafrika sollte ins internationale Wirtschaftssystem integriert werden. Verbunden damit war die Hoffnung auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, insbesondere für die schwarze Bevölkerung. Dieser Kurs wurde unter Mandelas Nachfolger Thabo Mbeki verschärft, auch mit Unterstützung des linken Lagers. Bereits nach den ersten Wahlen bildete sich in Südafrika eine besondere Regierungskonstruktion: die Dreier-Allianz zwischen dem ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und COSATU. Die SACP und COSATU als Gewerkschaftsverband treten nicht selbst bei den Wahlen an. Sie unterstützen den ANC allerdings finanziell und ideell, indem sie etwa ihre Mitglieder zur Wahl des ANC aufrufen und während der Regierungszeit eine strategische Allianz mit dem ANC bilden. Die Gewerkschaften und auch die Kommunistische Partei – so zumindest lange Zeit die Hoffnung vieler AktivistInnen, die dem ANC schon länger kritisch gegenüberstehen – sollten als Bindeglied zwischen kritischer Zivilgesellschaft und der ANC-Regierung fungieren und eine progressive Politik durchsetzen. Denn sowohl COSATU als auch die SACP hatten versprochen, sich als Teil der Regierung für die Umsetzung der «Freedom Charter», die bis heute als offizielles Programm des ANC gilt, starkzumachen. Doch als das auf Basis der «Freedom Charter» beschlossene Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramm von 1994 bereits zwei Jahre später zugunsten der neoliberalen Wachstumsstrategie «Growth, Employment and Redistribution» (GEAR) verworfen wurde und die ökonomischen und sozialen Ungleichheiten größer wurden als zu Zeiten der Apartheid,⁵ wandten sich viele vormalige UnterstützerInnen der Allianz enttäuscht von ihr ab und setzten auf die außerparlamentarische Opposition.

Lange Zeit waren die sozialen Bewegungen in Südafrika recht isoliert. COSATU verabschiedete im Jahr 2003 eine Resolution, welche die Zusammenarbeit mit allzu kritischen Bewegungen aufkündigte – auch um die Allianz zu festigen.⁶ Diese Resolution fasste die Wahrnehmung vieler Gewerkschaften zusammen, die in den sozialen Bewegungen keine politisch und demokratisch legitimierte Akteure sahen. COSATU kritisierte die verschiedenen und teilweise unkoordinierten Forderungen der Bewegungen. Im Gegensatz dazu sahen sich die AktivistInnen von den Gewerkschaften verraten und warfen diesen vor, soziale Fragen zu vernachlässigen und sich mehrheitlich nur noch für die Belange der Beschäftigten, nicht aber für die Interessen der armen Bevölkerungsgruppen wie die Arbeits- oder Landlosen einzusetzen. Durch diese Zersplitterung war es extrem schwierig, den wirtschaftsliberalen Stimmen im ANC eine überzeugende politische Alternative gegenüberzustellen und dafür Mehrheiten zu mobilisieren. Zwar gab es in den letzten Jahren immer wieder Versuche von engagierten Gewerkschaftsmitgliedern, insbesondere aus den linken und kritischen Gewerkschaften, und verschiedenen politischen AktivistInnen, die vorhandenen Gräben zu überwinden, doch solange die Gewerkschaften als Teil der Regierung die Politik im Land mit zu verantworten hatten, schien keine wirkliche Annäherung möglich zu sein.

MARIKANA – EINE ZÄSUR

Das Massaker von Marikana im August 2012 hat diese Situation verändert. Bei einem Arbeitskampf in einem Platinbergwerk des Lonmin-Konzerns in der Nordwest-Provinz im Distrikt Bojanala Platinum wurden 44 Menschen erschossen, darunter 34 Minenarbeiter. Die anderen Opfer waren Sicherheitskräfte und Polizisten. Vorausgegangen war ein siebentägiger Streik, mit dem die Arbeiter (der Minensektor in Südafrika ist eine Männerdomäne) höhere Löhne erkämpfen wollten – und zwar ohne die National Union of Mineworkers (NUM), die Minenarbeitergewerkschaft, von der sie sich nicht mehr vertreten fühlten. Am siebten Tag eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstrierenden: 34 von ihnen starben, weitere wurden verletzt. Zwar setzte die südafrikanische Regierung Ende 2012 die «Marikana Commission of Inquiry» ein, auch «Farlam Commission» (nach ihrem Vorsitzenden Ian Gordon Farlam) genannt.⁷ Es war vorgesehen, dass die Kommission ihre Ergebnisse im April 2013 veröffentlichen sollte, sie hat ihre Arbeit aber immer noch nicht abgeschlossen. Beobachter wie Benjamin Fogel, Autor des Magazins *Amandla*, ziehen eine kritische Bilanz: «Eine Untersuchungskommission in Südafrika einzurichten, scheint der einfachste Weg, etwas zu verschleiern und die Zustimmung der Öffentlichkeit zu erhalten.»⁸ Mittlerweile sind mehrere Filme entstanden, die sich mit dem Ereignis auseinandersetzen. Allerorten diskutieren AktivistInnen das Vorgehen des Staates und kommen zu dem Ergebnis, dass dieses in den letzten Jahren immer repressiver geworden ist. Solidarität mit den Opfern von Marikana und ihren Familien und die Kritik an Repressionen durch die Regierung vereint viele Gruppen. Auch innerhalb der Gewerkschaften wird heftig debattiert. Die NUM hatte sich zunächst eher zurückhaltend zum Vorgehen der Polizei geäußert, was von anderen Mitgliedsorganisationen von COSATU auf das Heftigste kritisiert und auch öffentlich angeprangert wurde. Nach Marikana tobte auch innerhalb des Dachverbands COSATU eine Auseinandersetzung darüber, inwieweit die meisten Gewerkschaftsfunktionäre schon längst nicht mehr die Interessen ihrer Mitglieder, also die der Arbeiterschaft, sondern die der Wirtschaft vertreten.

Der Bruch innerhalb von COSATU ist mittlerweile kaum noch zu übersehen. Insbesondere der NUMSA kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter ist mit rund 340.000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft in COSATU.⁹ Sie hatte bereits im Dezember 2013 angekündigt, den ANC bei den Wahlen im Mai 2014 nicht mehr unterstützen zu wollen. Ausgelöst wurde dies durch die Suspendierung des COSATU-Generalsekretärs Zwelinzima Vavi. Er hatte sich immer wieder kritisch zur Dreier-Allianz geäußert, die vielen Korruptionsfälle angeprangert und auch die Gewerkschaften wieder stärker als Interessenvertretungen der Arbeiterschaft in die Pflicht nehmen wollen. Als er beschuldigt wurde, eine Mitarbeiterin vergewaltigt zu haben (dieser Vorwurf ist bislang noch nicht umfassend aufgeklärt), wurde er im August 2013 ohne demokratische Abstimmung von COSATU von seinem Posten abgezogen. Im Dezember 2013 führte die NUMSA daraufhin einen dreitägigen «Special National Congress» durch, gemeinsam mit acht anderen Gewerkschaften und ohne die Zustimmung von COSATU. Dort beschlossen die anwesenden Gewerkschaftsdelegierten fünf Resolutionen, die über die Kritik an der Art und Weise, wie Vavi suspendiert wurde, weit hinausgehen und die politischen Konflikte

in COSATU deutlich werden lassen.¹⁰ Sie sind zugleich ein Angebot an die sozialen Bewegungen, in Zukunft intensiver zusammenzuarbeiten.

ANNÄHERUNG ZWISCHEN SOZIALEN BEWEGUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN?

Die Gewerkschaft NUMSA hat in den im Dezember verabschiedeten Resolutionen den Aufbau einer sozialistischen Bewegung und einer «United Front» angekündigt. Ausgehend von den Erfahrungen in Brasilien, Venezuela, Bolivien und Griechenland sollen die Chancen für eine sozialistische Bewegung in Südafrika diskutiert werden. Diese Bewegung soll eine Plattform für kritische Gewerkschaften, soziale Bewegungen, AktivistInnen und Basisgruppen bieten und eine linke Programmatik formulieren, die über die bisherigen Angebote hinausgeht. Bei den Wahlen im Mai 2014 war es der Partei Economic Freedom Fighters (EFF) um Julius Malema gelungen, mit radikalen Forderungen nach Enteignungen und der Verstaatlichung von ganzen Wirtschaftssektoren mehr als sechs Prozent der Stimmen zu gewinnen und damit zur drittstärksten politischen Kraft zu werden. Für große Teile der sozialen Bewegungen und ihre AnhängerInnen und auch die meisten Gewerkschaftsmitglieder sind die EFF aber keine wirkliche Wahlalternative. Zu viele sehen im Populismus von EFF-Führer Julius Malema einen Rückfall in die Rhetorik zu Zeiten der Apartheid. Aus der «United Front» aber, so die Hoffnung vieler Linker, könnte eine neue Partei als Alternative zum ANC entstehen.

Der Aufbau einer Wahlalternative, das ist den GewerkschaftsvertreterInnen klar, kann nur im Bündnis mit den sozialen Bewegungen geschehen. Seit dem Bruch in der Allianz sucht die Gewerkschaft NUMSA daher verstärkt das Gespräch mit ihnen. Im Januar hat die Metallarbeitergewerkschaft eine «Resistance Expo» organisiert. 147 Organisationen aus über einem Dutzend verschiedenen sozialen Bewegungen – von Arbeitslosen- über Jugendorganisationen, Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Gleichstellungsbewegungen, Wohnungslosenbewegungen bis hin zu solchen, die sich mit solidarischer Ökonomie oder Umweltfragen beschäftigen – waren eingeladen.¹¹ In den nächsten Monaten sind weitere Workshops sowie strategische und thematische Treffen geplant, um gemeinsame Positionen und Strategien zu erarbeiten. Die NUMSA hat darüber hinaus angekündigt, die Chancen auf die Bildung einer Partei auszuloten, die dann bei den nächsten Parlamentswahlen in 2019 eine politische Alternative zum ANC bilden könnte. Dieser hat zwar wider Erwarten bei den Parlamentswahlen im Mai 2014 im Vergleich zu 2009 nur knapp vier Prozent der Stimmen eingebracht, damit aber die Zweidrittelmehrheit im Parlament verfehlt.

NUMSA und andere Gewerkschaften haben in den letzten Wochen zu Streiks und Demonstrationen aufgerufen. Eine der größten politischen Demonstrationen war am 19. März der Protest gegen die massive Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika, an dem sich in den Städten Durban, Johannesburg, Kapstadt, Bloemfontein und Pretoria mehrere tausend Menschen beteiligten. Hierzu hatten auch die sozialen Bewegungen aufgerufen. Unter anderem hatten sie Busse organisiert, um insbesondere Menschen aus den Townships zu den Demonstrationen zu bringen. NUMSA-VertreterInnen nehmen derzeit so gut wie jede Gelegenheit wahr, in Kontakt mit den sozialen Bewegungen zu kommen. Sie informieren sich vor Ort bei Treffen von Basisorganisationen in den Town-

ships über die Bedürfnisse und Forderungen der Gruppierungen. Und auch aufseiten der sozialen Bewegungen wird die Annäherung begrüßt. Viele wünschen sich eine explizit und linke Programmatik, die das Thema soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellt.

Ob die Gründung einer sozialistischen Bewegung und einer «United Front» oder gar einer neuen Partei erfolgreich sein wird, wird von vielen Faktoren abhängen. Bislang sind (noch) keine gemeinsamen Programme und Perspektiven formuliert, die über die Ziele der Gewerkschaften hinaus auch die vielfältigen Forderungen der Bewegungen aufgreifen und verschiedene Perspektiven widerspiegeln müssten. Es bleibt die Frage, ob es gelingen kann, soziale Bewegungen und Gewerkschaften als gleichwertige Akteure in einem Bündnis zu vereinen. Bislang kommt der Gewerkschaft NUMSA in diesem Prozess eine führende Rolle zu, insbesondere auch, weil die Gewerkschaft im Gegensatz zu vielen anderen Bewegungen gut ausgestattet ist und über nicht unbeträchtliche Ressourcen verfügt. Darüber hinaus werden die NUMSA und die anderen kritischen Gewerkschaften wohl auch weiterhin als Teil von COSATU mit in der Regierungsverantwortung bleiben. Das Misstrauen, dass die Belange von Arbeits- oder Wohnungslosen und anderen ärmeren Bevölkerungsgruppen erneut übersehen werden könnten, ist daher aufseiten der Bewegungen groß. Auch bleibt die Frage, wie sich die NUMSA dauerhaft im Dachverband COSATU positionieren wird, nachdem der Oberste Gerichtshof von South Gauteng die Suspendierung Vavis für unrechtmäßig erklärt hat.¹²

Die Gründung einer linken Partei wäre dann ein weiterer Schritt, der wohl kaum ohne eine Abspaltung der NUMSA von COSATU möglich wäre. Hiermit ist sicherlich auch die Vorsicht vieler NUMSA-VertreterInnen mit Blick auf das Projekt einer neuen Partei zu erklären – diese dürfte nämlich die Allianz der Gewerkschaften in Südafrika massiv ins Wanken bringen. Wichtig bleibt aber: Die Annäherung zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ist vorangeschritten. Ob sich daraus wirklich dauerhaft eine neue Partei entwickeln kann, wie viele hoffen, hängt wahrscheinlich nicht nur von den nächsten Monaten, sondern von den Entwicklungen in den kommenden fünf Jahren ab.

Melanie Müller promoviert an der Freien Universität Berlin mit einem Stipendium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt zum Thema südafrikanische Umweltbewegung und ist Stipendiatin am Zentrum für Technik und Gesellschaft an der Technischen Universität Berlin. Kontakt: melanie_mueller@email.de

¹ Die Ausführungen basieren auf rund 40 Interviews mit AktivistInnen in Südafrika (im Zeitraum August/September 2012 und März/April 2014 durchgeführt), auf Beobachtungen von Demonstrationen, Treffen und Konferenzen und der Basisarbeit in Organisationen sowie einer umfangreichen Dokumentenauswertung. Alle angeführten Quellen wurden zuletzt am 15. Mai 2014 eingesehen. Ergänzt wurden andere Forschungsarbeiten zu sozialen Bewegungen in Südafrika herangezogen. ² Rucht, Dieter: Modernisierung und neue soziale Bewegungen, Frankfurt/M. 1994, S. 76 f. ³ Alexander, Peter: Rebellion of the poor: South Africa's service delivery protests – a preliminary analysis, in: Review of African Political Economy, Jg. 37, Nr. 123, März 2010, S. 25–40. ⁴ Ebd. ⁵ Terreblanche, Sampie: A History of Inequality in South Africa 1652–2002, Scottsville 2002. ⁶ Resolution vom 8. COSATU-Congress «On emerging social movements» (ab Seite 4), unter: www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf. ⁷ Die Ergebnisse der Kommission werden veröffentlicht und laufend aktualisiert (www.marikanacomm.org.za/). ⁸ Fogel, Ben: Marikana – One year later, in: Amandla!, Nr. 32, Oktober/November 2013, unter: www.amandla.org.za/amandla-magazine/current-issue/1793-marikana-1-year-later-by-benjamin-fogel. ⁹ Vgl. www.numsa.org.za/. ¹⁰ Die auf dem «National Congress» der NUMSA im Dezember 2013 verabschiedeten Resolutionen finden sich unter: www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013/. ¹¹ Vgl. www.numsa.org.za/article/media-invitation-numsa-convenes-national-political-school-take-forward-special-national-congress-resolutions-sunday-26-jan-2014-sunday-02-february-2014/. ¹² High Court of South Africa Local Division, Case No. 32567/13.

STANDPUNKTE

09/2014

ALEJANDRO MANTILLA Q.
Fünzig Jahre Einsamkeit

08/2014

ARMIN OSMANOVIC
Unzufrieden mit den Erben Mandelas

07/2014

PG MACIOTI
Liberal zu sein reicht nicht aus

06/2014

JOHN NEELSEN
Die Peripherie macht mobil

05/2014

LUTZ BRANGSCH / JUDITH DELLHEIM /
FRIEDER OTTO WOLF / GABI ZIMMER
Die «europäische Frage» und die Linken

04/2014

STEFAN KUNATH /
SEBASTIAN WORMSBÄCHER
Vereinigte Staaten von Europa

03/2014

FELIX KNOKE
Bilde Dich gefälligst selbst!

02/2014

TORGE LÖDING
Linker Kandidat darf auf den Sieg hoffen

01/2014

MATTHIAS MONROY / ANDREJ HUNKO
Ein Himmel voller Kameras

14/2013

CHRISTINE BRÜCKNER
Druck und Zwang statt spielendes Lernen

13/2013

DENIZ UTLU
Für Trauer und Zorn

12/2013

PETER DAHLGREN
Verbessern soziale Medien
die demokratische Partizipation?

11/2013

CORNELIA HILDEBRANDT / JOCHEN WEICHOLD
Bundestagswahl 2013: Wahlprogramme der Parteien
im Vergleich

10/2013

MICHAEL SCHLECHT
Deutschland gefährdet Europa

STANDPUNKTE INTERNATIONAL

(Ab 2014 in die Reihe «Standpunkte» integriert.)

14/2013

JULIO C. GAMBINA
Viele Ungewissheiten

13/2013

TORGE LÖDING
Traum von einer linken Präsidentin in Honduras

12/2013

YOUNAS A. CHOWDHRY
Neuer demokratischer Spielraum in Pakistan

11/2013

MICHAEL GLASS
«Lieber rot als schwul»?

10/2013

ANTONIO MARTINS
Brasilianischer Frühling oder Putsch von rechts?

09/2013

MANUEL PALZ
Steiniger Weg in Myanmar

08/2013

TORGE LÖDING
Wachsende Unzufriedenheit in Costa Rica

07/2013

PHILIPP GERBER
Europäische Unternehmen erzwingen das grüne Geschäft
mit dem Wind in kolonialem Stil

06/2013

CLAUS-DIETER KÖNIG
Mali: Vom «Hoffnungsträger» zum «Krisenstaat»

05/2013

JULIAN MARIOULAS
Verantwortung in der Krise

04/2013

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS
Chávez: Vermächtnis und Herausforderungen

03/2013

ALICE B. M. VADROT
Bedrohtes Wissen, bedrohtes Leben

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juni 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling